

Referat gehalten im Rahmen der Vorlesungsreihe „Gesellschaftliche Partizipation alter Menschen: Utopie oder Selbstverständlichkeit?“ des Zentrums für Gerontologie der Universität Zürich vom 17. Januar 2007

Partizipation alter Menschen in der professionellen Altersarbeit: Rhetorik oder Realität?

Ueli Schwarzmann, MSSW, MPA, Zürich (Direktor Altersheime der Stadt Zürich)

Es wäre schön, wenn ich die Frage im Titel klar beantworten könnte. Also: Die Partizipation alter Menschen ist eine Realität. Oder: Leider ist das zurzeit noch eine rhetorische Aussage, die bloss eine bestimmte Wirkung erzeugen will. Die aktuelle Situation ist aber wesentlich komplexer. Alte Menschen können zwar in der professionellen Altersarbeit zunehmend mehr partizipieren. Aber nur dann, wenn bestimmte institutionelle Rahmenbedingungen vorhanden sind. Zum Beispiel entsprechende Ressourcen. Mit solchen Voraussetzungen können Mitarbeitende von Beratungsstellen oder Heimen respektvoll auf die unterschiedlichen Lebenswelten alter Menschen eingehen und unterstützend wirken, so dass echte Partizipation möglich wird.

Ich gliedere den Vortrag in vier Teile:

1. In einem ersten Teil versuche ich ein paar Begriffsklärungen vorzunehmen

- Partizipation
- Empowerment
- Ressourcenorientierung.
- Diese drei «Trendbegriffe» werden in der Fachwelt, aber auch in den Medien und in der Öffentlichkeit oft gebraucht. Sie sind aber kritisch zu hinterfragen.

In einem 2. Teil mache ich ein paar Überlegungen zum alternden Menschen in unserer Gesellschaft. Im 3. Teil zeige ich auf, welche Rahmenbedingungen erfüllt sein sollten, damit alte Menschen echt partizipieren können.

Im 4. Teil fasse ich einige praktische Erfahrungen zusammen, sowohl aus der ambulanten wie der stationären Altersarbeit.

Teil 1: Begriffe

Das Schweizerische Wörterbuch der Sozialpolitik stellt klar, dass der Begriff *Partizipation* die Teilnahme einer Person oder einer Gruppe an Entscheidungsprozessen oder an Handlungsabläufen meint, die in übergeordneten Strukturen oder Organisationen stattfinden. Partizipa-

tion heisst in diesem Sinne Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung, Einbezug. Der Anspruch der Partizipation beschränkt sich nicht nur auf eine Beratungs- oder Betreuungssituation, sondern gilt in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen und ist Gegenstand verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, wie der Soziologie oder Politologie. Das Partizipationsmodell weist das Bild der alten Menschen als passiv, unproduktiv und hilflos zurück und nimmt sie als eigenständige Subjekte ernst. Dieses Modell betont nicht mehr die Defizite, sondern die Potenziale, die Hilfe zur Selbsthilfe mit dem Ziel der Partizipation der Klienten in der Beratungssituation oder als HeimbewohnerInnen in allen sie betreffenden Belangen. Das Partizipationsmodell rechnet mit der Kompetenz des alten Menschen. Die Kompetenz beschreibt ja die Fähigkeiten und Fertigkeiten des Menschen zur Aufrechterhaltung oder Wiedererlangung eines selbständigen, aufgabenbezogenen und sinnerfüllten Lebens in einer gegebenen räumlichen, sozialen und infrastrukturellen Umwelt.

Der Begriff *Empowerment* baut sozusagen auf dem Partizipationsmodell auf, geht aber noch einen Schritt weiter. Er stammt ursprünglich aus dem Bereich der Psychologie und Sozialpädagogik. Er lässt sich am besten mit „Selbstermächtigung“ oder auch „Selbstkompetenz“ übersetzen. Empowerment umfasst Strategien und Massnahmen, die Menschen dabei helfen, ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. Durch Empowerment sollen sie in die Lage versetzt werden, ihre Belange zu vertreten und zu gestalten. In der psychosozialen Praxis will der Begriff ebenfalls mit der traditionellen Defizitorientierung brechen und die Fähigkeiten und Stärken der KlientInnen zur Selbstgestaltung ihrer Lebenssituation in den Mittelpunkt stellen.

„Ressourcenorientierung“

Dieser Begriff bedeutet nichts anderes, als dass die professionellen HelferInnen spontan alle Kraftquellen (Ressourcen) der Klienten beachten und sie systematisch in ihre Aktivitäten einbeziehen. Mit diesen Ressourcen lassen sich Problemlösungen auf eine neue Art bearbeiten. Also auch hier eine Abwendung vom traditionellen defizitorientierten Denken und Handeln.

Partizipation, Empowerment und Ressourcenorientierung sind Konzepte, die heute zum guten fachlichen Standard gehören, mit dem Ziel, die Arbeit verstärkt auf die Ressourcen der KlientInnen auszurichten. Sie sind aber auch eigentliche «Modeworte» geworden und sollen deshalb hier kritisch betrachtet werden.

Der Autor Peter Bündler kritisiert beispielsweise in seinem Buch „Geld oder Liebe? Verheissungen und Täuschungen der Ressourcenorientierung in der Sozialen Arbeit“ das Konzept der Ressourcenorientierung. Dabei stellt er die oft bloss selbstdefinitorisch verkündete Ressourcenorientierung in unterschiedliche fachliche Kontexte, um schliesslich sein Hauptanliegen zu thematisieren. Er zeigt auf, dass die gegenwärtige Postulierung eines Ressourcenansatzes keine zufällige Entwicklung ist, sondern ein Reflex auf eine spezifische gesellschaftliche Konstellation.

Bündler weist darauf hin, dass die Postulierung der Ressourcenorientierung historisch betrachtet jeweils einher geht mit einer Verknappung der Mittel für die helfenden Professionen.

Etwas plakativ ausgedrückt: je weniger Geld und Personal vorhanden ist, je mehr wird im fachlichen Kontext von ideellen Ressourcen gesprochen. In den letzten Jahren habe auch die Stagnation inhaltlicher Konzepte die formelhaften und repetitiv vorgetragenen Forderungen nach Ressourcenorientierung begünstigt.

Bündner postuliert in programmatisch gehaltenen Passagen seines Textes einen sorgfältigeren, kritischeren Umgang mit der Idee der Ressource: „Ressourcen-orientiertes Arbeiten verlangt... die Erarbeitung einer anderen Einstellung. Zu nennen sind u.a. die Aspekte Autonomie der Klientel, Unterstützung und Ermächtigung, Kontrolle und Verwaltung“ (Seite 200). M.a.W. die Ressourcenorientierung - und wir können durchaus die zwei anderen Begriffe Partizipation und Empowerment dazuzählen - konzentriert sich also nicht nur auf die Situation zwischen Helfenden und Klienten. Sie umfasst auch gesellschaftliche Dimensionen, wie die Ausgestaltung und Führung von Institutionen und deren Kontrolle. Der Einbezug dieser zusätzlichen Dimensionen ist nötig, damit die Konzepte Partizipation, Ressourcenorientierung und Empowerment eine Wirkung erzielen können. Von daher gehen diese Konzepte weit über die Beziehung zwischen professionell Helfenden und Klienten im Mikrobereich hinaus. Sie stellen auch Forderungen an gesellschaftliche Institutionen und an Vorgänge im Meso- und Makrobereich. Hier zeigt sich dann, ob ein fachliches Konzept eine Leerformel bleibt oder ein innovatives Konzept ist, das zur Erneuerung von gesellschaftlichen Institutionen beiträgt.

Teil 2: Ein paar Überlegungen zum alternden Menschen in unserer Gesellschaft:

Die gesellschaftliche Entwicklung westlicher Länder ist massgeblich bestimmt durch deutliche Veränderungen der demographischen Strukturen. Sie wird durch zwei Faktoren bestimmt: Sinkenden Geburtenraten und eine steigende durchschnittliche Lebenserwartung.

Demographische Alterung als globaler Prozess stellt alle Gesellschaften vor ganz neue Herausforderungen. Notwendig ist insbesondere ein verändertes Bild des Alters, das nicht in erster Linie als Last, sondern als individuelle wie kollektive Chance wahrgenommen wird. Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft reagieren auf diese Entwicklung sehr unterschiedlich. Die Reaktionen reichen von Beruhigung bzw. fehlender Resonanz bis zu Krisenszenarien. Optimistische und pessimistische Einschätzungen wechseln sich ab, je nach konjunktureller Wetterlage und politischem Standort.

Einerseits werden ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer frühzeitig aus dem Arbeitsprozess «entsorgt». Andererseits postuliert die Politik ein höheres Pensionierungsalter, um die Sozialversicherungen zu entlasten. Zum einen gratulieren wir uns zum immensen medizinischen Fortschritt, der übrigens sehr teuer ist; zum andern werden hochbetagte pflegebedürftige Menschen als Kostenfaktor definiert (und beklagt). So werden die sichtbaren Defizite des Altwerdens und Altseins immer wieder politisch instrumentalisiert. Statt an einer solidarischen Gemeinschaft zwischen den Generationen zu arbeiten, werden die volkswirtschaftlich wichtigen SeniorInnen vergessen. Mit dem Bild des „hochbetagten Pflegefalls“ vor Augen wird eine Pflegeversicherung für die Älteren gefordert. Altersbedingte Verluste und Risiken zu verdrängen kann nicht das Ziel sein. Das wollen wir nicht. Es ist aber bedenklich, wenn

einseitig die Entwicklungsverluste akzentuiert werden. Das führt dazu, dass Möglichkeiten einer selbstbestimmten gesellschaftlichen Partizipation nicht gesehen und nicht ausgeschöpft werden.

Die Fach- und Lebenskompetenzen älterer Menschen und die gesellschaftliche Produktivität des Alters werden in der öffentlichen Diskussion deutlich seltener thematisiert. «Alte sind teuer» ist als Schlagzeile attraktiver als «Alte sind reich an Erfahrung». Von daher erstaunt es nicht, wenn ein problematisches Verhältnis entsteht zwischen der Gesellschaft und dem Thema «alternde Menschen». Unser Ziel sollte es sein, zu bewirken, dass die „positiven“ Aspekte vermehrt gesellschaftlich thematisiert werden. Dabei ist es nötig, dass die älteren Menschen sich vermehrt in diesen gesellschaftlichen Diskurs einmischen, sei es organisiert in Verbänden, sei es als Mitglieder von Parteien, sei es als Sensibilisierer und Lobbyisten gegenüber Medien, Krankenkassen usw. Dazu gehört natürlich auch, dass die Altersinstitutionen, seien es ambulante Stellen oder Heime, sich nicht abschotten, sondern vielmehr mit einer überzeugenden Fachlichkeit und einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit transparent machen, was gesellschaftlich von ihnen alles geleistet wird.

Teil 3: Was braucht es für institutionelle Rahmenbedingungen, damit die Partizipation alter Menschen möglich ist?

Ich werde mich in diesem Teil vor allem auf die Situation der Alters- und Pflegeheime konzentrieren. Einerseits auf Grund meiner beruflichen Situation als Direktor der Altersheime der Stadt Zürich; andererseits, weil im stationären Bereich die Frage nach der Partizipation der alten Menschen eine besondere Herausforderung darstellt.

Der Soziologe Irving Goffman prägte 1973 den Begriff der *totalen Institution*. Dieser Ausdruck bezog sich zunächst nur auf geschlossene psychiatrische Anstalten und Gefängnisse. Totale Institutionen sind durch vier Merkmale geprägt:

1. Alle Lebensangelegenheiten finden an derselben Stelle und unter derselben Autorität statt.
2. Für alle Mitglieder besteht ein gleichartiger Tagesablauf.
3. Dieser Tagesablauf ist exakt geplant und muss sich reibungslos vollziehen.
4. Die Tätigkeiten und Möglichkeiten des einzelnen sind Teile des Gesamtplans und orientieren sich einzig und allein am Ziel der Institution. Der einzelne kann keine individuellen Rollen und Statuspositionen einnehmen.

Wer «Silo 8» von Karls Kühne Gassenschau in Winterthur gesehen hat, sieht sich – zwar in die Zukunft verpflanzt – mit einer solchen totalen Institution konfrontiert: einem hocheffizienten, durchorganisierten und unmenschlichen Heimbetrieb. Hier bleibt den Menschen nur noch die Revolte, um sich von diesem Schicksal zu befreien. Der Begriff der totalen Institution stimmt mit der Praxis der heutigen Heime längst nicht mehr überein. Die einstige totale Institution hat sich zu einem durchlässigen System gewandelt, in dem eine sehr unterschiedliche Bewohnerschaft mit einem zunehmenden Individualisierungsansatz begleitet und betreut wird.

Dieser individualisierte und anspruchsvolle Betreuungsansatz soll die BewohnerInnen weder über- noch unterfordern. Interventionen durch die Mitarbeitenden können von den Bewohnenden durchaus als Eingriffe oder Beeinträchtigungen erlebt werden, obwohl sie nicht so intendiert waren. Es können Abhängigkeits-Muster entstehen, oder der Unabhängigkeitswillen kann ignoriert werden. Die Heime sind durchaus so organisiert, dass sie Anforderungen nach Effizienz und Effektivität erfüllen müssen. Konflikte und Spannungsfelder können also durchaus entstehen und Personal wie Bewohnende vor schwierige Entscheidungen stellen.

Damit diese Konflikte minimiert, resp. konstruktiv angegangen werden können, erhält die Partizipation zentrale Bedeutung: als Grundwert, aber auch als methodisches Verfahren. Wir haben mit diesem Ziel bei den 27 Altersheimen der Stadt Zürich mit den betroffenen Gruppen verschiedene Konzepte und Richtlinien erarbeitet. Sie unterstützen das Personal in seiner professionellen Ausrichtung und ermöglichen es den alten Menschen und ihren Angehörigen, daraus entsprechende Rechte der Partizipation abzuleiten. So entsteht eine wichtige institutionelle Verankerung.

Beispiele für solche Konzepte sind:

- Ethische Richtlinien
- Angehörigenleitbild
- Freiwilligenmitarbeit

Die „*Ethischen Richtlinien*“ richten sich an die Heimleitungen, an alle Mitarbeitenden, an die BewohnerInnen sowie an die Angehörigen und andere externe Gruppen. Diese Richtlinien entwerfen eine Vision für das Zusammenleben in den Altersheimen aus ethischer Sicht. Zugleich enthalten sie alltagstaugliche Anweisungen für das Umgehen mit schwierigen Situationen und Konstellationen. Die Richtlinien führen Prinzipien an, die gegenüber anderen gerechtfertigt werden können. Beispielsweise: Würde achten, Selbstbestimmung achten, Freiheiten garantieren. Damit wir mit den ethischen Richtlinien nicht auf abstraktem Niveau bleiben, finden in unseren Heimen regelmässig sog. Ethik Cafés statt, an denen ein Ethiker teilnimmt. Hier können Mitarbeitende, aber auch BewohnerInnen und Angehörige Themen und Anliegen vorbringen und diskutieren, die sie beschäftigen, in einer interdisziplinären Zusammensetzung und über alle Hierarchiestufen hinweg. Diese Auseinandersetzung in einem lockeren Rahmen wird von den Teilnehmenden jeweils als praxisnah und hilfreich beschrieben und geschätzt.

Die *Angehörigen* sind Teil des sozialen Bezugssystems der BewohnerInnen und nehmen einen bedeutenden Platz ein. Das Beziehungsgeflecht zwischen Angehörigen, BewohnerInnen und der Institution Altersheim ist sehr komplex. Für viele Angehörige ist es wichtig, einen Beitrag für das betagte Familienmitglied zu leisten. Meist wollen sie sich irgendwie nützlich machen, wissen aber teilweise nicht, wo die Möglichkeiten und Grenzen für ihre Unterstützung liegen. Gelegentlich kommt es auch vor, dass zwischen den Interessen der BewohnerInnen und der Angehörigen Konflikte bestehen. Im Rahmen der Partizipation der alten Menschen kann es durchaus auch sein, dass vom Personal klar gemacht werden muss, dass die

Interessen der alten Menschen die erste Priorität haben (2 Beispiele erläutern: Beziehung mit neuen Partnern eingehen, sterbende Mutter).

Die *Freiwilligen* sind Menschen, die Zeit frei machen können und wollen, um sich freiwillig zu engagieren. Wir haben rund 500 Freiwillige in den städtischen Altersheimen, die regelmässig oder unregelmässig mitarbeiten. Die Freiwilligen sind für uns keine Sparmassnahme, sondern decken zusätzliche Aufgaben ab. Sie werden mit wichtigen Themen konfrontiert und erhalten u.a. Einblick in die Heime. Sie erzählen zu Hause und im Freundeskreis von ihren Erlebnissen. Damit entsteht eine Transparenz von institutionellen Vorgängen, die durchaus eine qualitätssichernde Funktion hat. Sie unterstützt die Offenheit des Heimsystems. Diese Wirkungen sind von uns erwünscht.

Diese drei Konzepte, die ich hier beispielhaft erwähne, enthalten auch wichtige Strategien. Von der Führungsebene kommuniziert und umgesetzt, definieren sie für die Mitarbeitenden Auftrag und Inhalt ihrer fachlichen Arbeit. Sie bilden den roten Faden oder den «Königsweg», auf dem Partizipation nicht nur möglich, sondern nötig wird. Er muss immer wieder neu von den Vorgesetzten mit ihren Mitarbeitenden thematisiert werden. Anders gesagt: Die Gefahr, dass Muster entstehen, welche die Abhängigkeit der Bewohnerinnen fördern oder deren Willen zur Autonomie ignorieren, muss möglichst klein gehalten oder sogar völlig eliminiert werden.

Entscheidend wichtig sind dabei das Verhalten der Vorgesetzten, die Personalentwicklung, Fort- und Weiterbildungen und Freiräume, in dem Initiativen entwickelt werden können. Gleichzeitig müssen die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen vorhanden sein, damit diese Förderungsprozesse auch stattfinden können. Problematisch ist natürlich, dass Altersarbeit gesellschaftlich noch immer keinen sehr hohen Status genießt.

Teil 4: Wie sieht es in der Praxis aus?

Ich habe mit verschiedenen Vertretern der ambulanten und stationären Altersarbeit Gespräche geführt und entnehme ihnen ausgewählte Aspekte. Zusätzlich haben wir eine Umfrage bei den Heimleitungen der 27 städtischen Altersheime gemacht und nach ihren Erfahrungen mit der Partizipation der BewohnerInnen gefragt. Im Übrigen führen wir alle zwei Jahre bei den 2000 BewohnerInnen der Altersheime eine anonyme Umfrage durch, bei der u.a. nach ihrer Einschätzung der Mitwirkung gefragt wird.

Zuerst zur ambulanten Altersarbeit. In der Arbeit der Pro Senectute Zürich wird der ressourcenorientierte Ansatz als wichtig bezeichnet. D.h. man versucht die Bedürfnisse, die Kompetenzen und Stärken herauszufinden, um dann möglichst gemeinsam mit den Klienten die Problemsituationen anzugehen, seien es Krisensituationen, Vermittlung von immateriellen oder materiellen Hilfen oder Beratungsangebote. Da in der Sozialberatung die älteren Menschen ausschliesslich freiwillig kommen, besteht wenig Konfliktpotential im Sinne von Abhängigkeit. Es müssen ja hier keine gesetzlichen Massnahmen vollzogen werden. Eine Klientin kann aus irgendwelchen Gründen eine Beratungsbeziehung abbrechen, ohne dass es Folgen hat.

Daneben bestehen bei Pro Senectute verschiedene Angebote für die älteren Menschen, die von geschulten Freiwilligen angeboten werden. Beispielsweise der Treuhanddienst, der hilft, administrative Aufgaben zu lösen. Auch hier werden die älteren Menschen einbezogen und es passiert nichts ohne ihr Einverständnis. Daneben gibt es weitere professionelle Dienste, wie der Reinigungsdienst, der von den älteren Menschen bezahlt wird. Hier bestimmt ausschliesslich die Kundin, was sie konsumieren will, denn sie muss die Leistung auch bezahlen. Sie partizipiert also nicht nur in der Definition der Leistung, die sie beziehen will, sondern sie bestimmt ausschliesslich über den Bezug dieser Leistung.

In den Altersheimen der Stadt Zürich gibt es ein formelles Recht der Mitwirkung aller im Heim Wohnenden. Das entsprechende Reglement über die Mitwirkung der Pensionärinnen und Pensionäre wurde 1995 erlassen. Es gibt Heimräte und Versammlungen von Bewohnerinnen und Bewohnern. Der Heimrat dient als Sprachrohr der Bewohnenden gegenüber Heimleitung und Mitarbeitenden. Die Mitwirkung umfasst alle Bereiche, die für die BewohnerInnen wichtig sind, z.B. Ernährung, Freizeitgestaltung, Planung und Durchführung von Anlässen, Ausgaben zulasten des Pensionärsfonds, Probleme des Zusammenlebens. Weiter wird im Reglement ausgeführt: «Ebenso können die Heimräte oder die Versammlungen bei der Besetzung von wichtigen Kaderstellen in geeigneter Weise und mit dem Einverständnis des Dienstchefs in das Verfahren einbezogen werden».

Die Mitwirkung beim Auswählen von neuen Heimleitungen ist folgendermassen geregelt: In der Regel werden die 2 – 3 KandidatInnen in der engsten Wahl dem Heimrat vorgestellt. Die Mitglieder des Heimrates befragen die Kandidatinnen einzeln. Der Heimrat bereitet sich dafür vor, stellt seine Fragen und gibt der Direktion dann seine Empfehlung ab. Es ist immer wieder beeindruckend zu sehen, wie seriös die Heimräte diese Aufgaben wahrnehmen. Interessant sind auch die Fragen, die sie stellen. Sie können durchaus bis ins Persönliche reichen. Fragen also, die in der professionellen Personalarbeit als politisch unkorrekt gelten würden. Ebenso sind die Empfehlungen des Heimrates in der Regel präzise und decken sich fast immer mit der Einschätzung der KandidatInnen durch die Direktion. Obwohl das Reglement den Einbezug des Heimrates auch beim Besetzen von weiteren Kaderstellen zulässt, wird das nicht gemacht. Die Gründe sind vielfältig: Es ist ein aufwändiges Verfahren, und die Heimräte fordern dieses Recht nicht. Sie haben in der Regel ein grosses Vertrauen in die Heimleitung.

Weitere Gefässe der Mitwirkung sind die Verpflegungskommissionen und der sog. „Stamm-tisch“ auf den Stockwerken. Das sind Aussprachen mit dem Personal, Gesprächsrunden zu ausgewählten Themen und die sog. Gotte/Götti-Gruppen, die neu eintretende Bewohnerinnen optimal unterstützen sollen. Vielfach werden auch Heimführungen durch Mitglieder des Heimrates gemacht. Diese Führungen kommen bei den InteressentInnen in der Regel gut an, weil dabei aus authentischer Betroffenen-sicht vom Leben in der Wohnform Altersheim erzählt wird. Das verstärkt die Legimität.

Wie erleben die Heimleitungen der Stadtzürcher Altersheime die Mitwirkung? Eine schriftliche Umfrage hat zusammengefasst etwa Folgendes ergeben:

Grundsätzlich werden die Gefässe der Mitwirkung als positiv erlebt. Es wird als unbestreitbarer Vorteil eingeschätzt, dass sich die BewohnerInnen dadurch in der Regel ernst genommen fühlen. Sie können sich äussern und sich exponieren, was für viele im kleinen Kreis eher möglich ist als in einer Vollversammlung. Sie sind informiert und tragen Entscheide mit. Sie können Abläufe und Gründe eines Entscheides besser verstehen. Der direkte Dialog zwischen Heimleitung und Heimrat wird sehr geschätzt.

Als Nachteil wird erlebt, dass häufig die gleichen Themen diskutiert werden (z.B. Essen). Durch den vermehrten Einbezug werden die Entscheidungswege länger, was zeitaufwändiger wird.

Es gibt einzelne Heime, in denen die BewohnerInnen sich entschieden haben, keinen Heimrat zu wählen, sondern ausschliesslich Plenarversammlungen durchzuführen. Die Argumentation ist, dass der Weg zur Heimleitung einfacher wird. Einzelne Heimräte fühlen sich gelegentlich im Clinch zwischen Heimleitung und BewohnerInnen. Schwierig wird z.T. die Ablösung von langjährigen Mitgliedern des Heimrates auf Grund von gesundheitlichen Situationen erlebt, wenn diese das Mandat noch nicht abgeben möchten. Vielfach wünschen die Heimräte auch die Anwesenheit der Heimleitung und deren Unterstützung während ihrer Beratungen.

Die anonyme Umfrage bei den BewohnerInnen im Jahr 2005 hat zum vorliegenden Thema Folgendes ergeben: Insgesamt 59 % der BewohnerInnen sind mit den Mitwirkungsmöglichkeiten zufrieden, 21 % sind sehr zufrieden. Lediglich 6 % sind eher nicht zufrieden. 14 % haben die Frage nicht beantwortet. Was der Stellenwert der Mitwirkung betrifft, so haben 50 % diesen als wichtig, 21 % als sehr wichtig bezeichnet, 17 % als eher nicht wichtig, und 12 % haben die Frage nicht beantwortet.

Nun sind ja nicht alle alten Menschen noch in einem Zustand, der sie befähigt, Partizipation auszuüben oder zu fordern, könnte man ja sagen und die Frage stellen: Wie steht es z.B. mit der Partizipation von Menschen, die unter einer dementiellen Erkrankung leiden? Vor allem die Pflegezentren der Stadt Zürich sind mit dieser Situation herausgefordert. Ein befragter Heimleiter eines grossen Pflegezentrums hat im Gespräch vor allem betont, wie wichtig das Erfassen der Biographie der betroffenen Personen sei. Hier ist der starke Einbezug von Angehörigen sehr wichtig, die entsprechende Informationen liefern. Das sind wichtige Ressourcen. Aber auch eine dementielle Erkrankung schliesst eine entsprechende Kommunikation nicht aus. Empathisch und mit Geduld ausgeübt, kann sie zu vielen wichtigen Erkenntnissen kommen. Vielfach ist die Umgebung sehr hilfreich, beispielsweise eine Wohngruppe im Pflegezentrum. Dort finden ja sehr viele Aktivitäten statt, die einen direkten Bezug haben zum Leben der betroffenen Menschen.

Aus all diesen Informationen, diesen Ressourcen, können durchaus entsprechende professionelle Handlungen abgeleitet werden. Eine grosse berufliche Herausforderung. Ebenso besteht auf den einzelnen Abteilungen der Pflegezentren ein Wohnerrat. Auch da wird versucht, Bedürfnisse und Wünsche im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten zu identifizieren und umzusetzen. Nach Ansicht des betreffenden Heimleiters führe der Weg zur Partizi-

pation über die entsprechende Prägung durch Führungspersonen und eine entsprechende Professionalisierung des Personals. Es wird dadurch in seinem Selbstwertgefühl gestärkt und befähigt, entsprechend sensibel und konzilient auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der BewohnerInnen und ihrer Angehörigen einzugehen.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen:

Damit die Partizipation alter Menschen in der professionellen Altersarbeit Realität wird, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein:

- Die Altersarbeit (ambulant und stationär) muss ein durchlässiges System und dadurch transparent sein. Es müssen Austauschprozesse mit verschiedenen Anspruchspersonen möglich sein, beispielsweise mit Angehörigen, Freiwilligen und der weiteren Öffentlichkeit.
- Die institutionellen Rahmenbedingungen müssen dem Personal einen wertschätzenden professionellen Mehrwert geben, wie überzeugende fachliche Konzepte, ethische Richtlinien, Entwicklungsmöglichkeiten und eine kompetente Führung. Dieser professionelle Mehrwert erhöht die Sensibilität und ermöglicht bewussteres Handeln, was wiederum die Partizipation der alten Menschen fördert.
- Effizienz ist wichtig. Manchmal sollte aber die Langsamkeit das Primat haben. Es muss Rücksicht genommen werden auf das Tempo der alten Menschen. Vergessen wir nicht: Langsamkeit vermittelt oft Sicherheit!
- Gesellschaft und Politik müssen der Altersarbeit einen entsprechenden Stellenwert einräumen und adäquate Ressourcen zur Verfügung stellen.
- Die älteren und alten Menschen und deren Angehörige sollen ihren Anspruch auf Teilhabe in der Gesellschaft energischer stellen.

Letztlich könnte es so einfach sein: Überlegen wir uns doch alle einmal, wie wir leben möchten, wenn wir alt und sehr alt sind in unserer Gesellschaft, als BewohnerInnen in Heimen, als KlientInnen in Beratungssituationen und mit der Spitex. Engagieren wir uns dafür, dass all diese Bedingungen, die wir als wichtig erachten, in unserer Gesellschaft auch erfüllt werden. Oder wie sagt es Schiller im Wilhelm Tell?

„Greif an mit Gott, dem Nächsten muss man helfen, es kann uns allen Gleiches ja begegnen.“

Literatur:

- Altersheime der Stadt Zürich. Ethische Richtlinien, 2005
- Altersheime der Stadt Zürich. Angehörigen-Leitbild, 2004
- Altersheime der Stadt Zürich. Reglement über die Mitwirkung der Pensionärinnen und Pensionäre der Altersheime der Stadt Zürich, 1995
- Bündler Peter. Geld oder Liebe? , Münster, 2002
- Backes Gertrud M. Alter(n) als gesellschaftliches Problem? Opladen, 1997
- Carigiet Erwin et al.(Hrsg.). Wörterbuch der Sozialpolitik, Zürich, 2003

10 / 10

- Evers Adalbert et al. Alt genug, um selbst zu entscheiden. Freiburg i. Breisgau, 1993
- Gebert Alfred, Kneubühler Hans-Ulrich. Qualitätsbeurteilung und Evaluation der Qualitätssicherung in Pflegeheimen, Bern, 2001
- Oswald, Wolf D., Lehr Ursula et al. Gerontologie, Stuttgart, 2006
- Witterstätter Kurt. Soziologie für die Altenarbeit, Freiburg i.B., 1995

Zürich, 17. Januar 2007